

## 61. RR-Sitzung am 17.06.2015 - Ergebnisse der Beratungen

<u>TOP</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Abstimmung im Ausschuss</u>	<u>Beschluss im Regionalrat</u>
3.RR und 6.RR	Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf  Berichterstattung „Regionales Baustellenmanagement“ (A 40/ Rheinbrücke Neuenkamp)	keine Vorberatungen im Ausschuss	<u>Beschluss:</u> einstimmig
4.RR	Vorschlag für das Städtebauförderprogramm 2015 hier: Kenntnisnahme und Beschlussfassung	keine Vorberatung im Ausschuss	<u>Beschluss:</u> einstimmig
5.RR 4.VA	Änderung der Einstufung des ÖPNV-Vorhabens " U81 – 1. Bauabschnitt Freiligrathplatz – Flughafen Terminal" im ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW hier: Berichterstattung und Beschlussfassung	<u>VA - Beschluss:</u> einstimmig	<u>Beschluss:</u> einstimmig
7.RR 4.PA	Überarbeitung des Entwurfs des neuen Abfallwirtschaftsplans Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfall	<u>PA - Beschluss:</u> einstimmig	<u>Beschluss:</u> einstimmig  Der Regionalrat bittet die Fraktionsgeschäftsführer und die Vorsitzenden der Fraktionen eine Stellungnahme zum Abfallwirtschaftsplan bis zur Anhörung im August an die Landesregierung abzustimmen.

## 61. RR-Sitzung am 17.06.2015 - Ergebnisse der Beratungen

<u>TOP</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Abstimmung im Ausschuss</u>	<u>Beschluss im Regionalrat</u>
8.RR	Umsetzung der Änderung von § 18 LPIG-DVO – Verteilung der aus dem Landeshaushalt zugewiesenen Mittel auf die Fraktionen im Regionalrat	keine Vorberatungen im Ausschuss	<b><u>Beschluss:</u> einstimmig</b>
9.RR (neu)	Resolution zu den Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums für einen geplanten nationalen Klimabeitrag	keine Vorberatungen im Ausschuss	<p>Auf der Grundlage des Schreibens der SPD vom 14.06.2015 beschließt der Regionalrat die aus der <b>Anlage 1</b> ersichtliche Resolution und bittet den Vorsitzenden, diese an das Bundeswirtschaftsministerium weiter zu leiten.</p> <p><b><u>Beschluss:</u> mehrheitlich, bei drei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Gegenstimme der Vertreterin der Partei Die Linke</b></p> <p>Zuvor wurde die Resolution der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.06.2015 mehrheitlich mit den Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP/FW abgelehnt.</p>

## **Resolution des Regionalrates Düsseldorf zu den Plänen der Bundesregierung für einen geplanten nationalen Klimabeitrag**

Das Eckpunktepapier „Strommarkt“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mit der darin enthaltenen Forderung, einen zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Minderungsbetrages des Stromsektors in Höhe von 22 Mio. Tonnen durch eine Emmissionsabgabe zu sichern, die im Wesentlichen die Braunkohle-Kraftwerke betrifft, hat im Rheinischen Braunkohlenrevier und in der gesamten Region zu erheblicher Verunsicherung in der Wirtschaft und der Bevölkerung geführt.

Die Landeregierung NRW u.a. setzen sich dafür ein, dass Strukturbrüche ebenso vermieden werden wie Einschränkungen in der Versorgungssicherheit oder ein stark ansteigender Strompreis. Davon wären dann auch das produzierende Gewerbe und die Industrie betroffen.

Vermehrte Anstrengungen zum Klimaschutz und zum Ausbau der erneuerbaren Energien sind zum Gelingen der Energiewende notwendig. Es ist jedoch klar, dass fossile Energieträger – in unserer Region die heimische Braunkohle – auf absehbare Zeit ein wichtiger Bestandteil des Energiemixes und der Energieversorgung sein werden. Die Gewinnung und Verstromung von Braunkohle ist ein essentieller Bestandteil der Wirtschaftskraft der gesamten Region.

Hierbei sollte insbesondere der Vorschlag, dass Kraftwerke bei Unterschreitung eines bestimmten Effizienzniveaus lediglich für die Versorgungssicherheitsreserve zur Verfügung stehen in den Blick genommen werden. Einen entsprechenden Vorschlag hat die Landesregierung in ihrer umfassenden Stellungnahme unterbreitet. Wir halten es auch für unverzichtbar, dass am Ziel, die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auf 25 % an der Stromerzeugung auszubauen, unverändert festgehalten wird.

Vor dem genannten Hintergrund fordert der Regionalrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf die Landesregierung auf, sich in den weiteren Gesprächen mit der Bundesregierung weiterhin für ein Gesamtkonzept einzusetzen, das Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen berücksichtigt.